

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 12.— Mk. Durch-Austräger 60.— Mk. pro Woche. Durch die Post 80.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis: 5.— 6. Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau Postfachkonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887

Dienstag, 28. November 1922

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltenen Millimeterzeile oben deren Raum 10.— Mk. Stellen- und Wohnungsgeheuch, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 250 Mk. Kleinanzeigen per Wort 1.50 Mark. — Kellama: Die Millimeterzeile 8 gespalten oben deren Raum im Text 80.— Mk.

Das Stinnesprogramm und die Sozialdemokratie.

(Schluß)

Die Forderung nach Aufhebung der ausländischen Sperrmaßnahmen gegen die deutsche Einfuhr ist eine Illusion. Das Zeitalter des Trustes, des Imperialismus und des Valutadumping ist das Zeitalter des Hochschutzes und der Einfuhrverbote. Die Forderung nach wirtschaftlicher Gleichberechtigung Deutschlands in allen Beziehungen ist auf Grund der Verhältnisse die gleiche Illusion.

Das sogenannte Stabilisierungsprogramm der Wirth-Regierung ist eine einzige Ungeheuerlichkeit. Seine Realisierung belastet die proletarische Klasse in einem unerträglichen Ausmaß, zumal eine zeitweilige Markbesserung die möglich wäre, zu einer ausgedehnten Krise, zur Massenarbeitslosigkeit führen muß. Es ist das Programm des Faschistenhäuptlings Mussolini. Es ist ein Programm, das zwar nicht die wirkliche Stabilisierung der Mark, aber die gesetzliche Verklabung und eine unerhörte Verelendung der werktätigen Massen bringt. Das Programm ist die endgültige Liquidierung des 9. November 1918. Herr Wirth erhob sich von seinem Reichstanzlerstuhl und verpönte dem 9. November den entscheidenden Fußtritt.

Das Stabilisierungsprogramm der Regierung Wirth ist mit Zustimmung und dem Segen aller Mitglieder des Kabinetts hinausgegangen; das Programm ist also auch das Programm der sozialdemokratischen Reichsminister. Sie erklärten sich einverstanden mit den Ungeheuerlichkeiten, die im ersten Teil dieses Artikels aufgezeigt wurden. Sie akzeptierten die Protokollmachung von Arbeitern, Angestellten und Beamten im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst, sie akzeptierten die ungehemmte Wucherfreiheit des Agrarkapitals, sie akzeptierten die Aufhebung des Achtstundentages und die weitere steuerliche Auspressung der werktätigen Massen, sie akzeptierten die gesicherte Abwicklung des Stinneschen Milliardengeschäftes und die Auslieferung der Reichsbetriebe an das internationale und deutsche Kapital; sie akzeptierten, mit einem Wort, die gesetzliche Verelendung und Verklabung der proletarischen Klasse. Ihre Zustimmung ist das reine Produkt des Koalitions-Fanatismus, ist die stinkende Frucht der Politik des Klassenfriedens. Und die Sozialdemokratische Partei deckt die Zustimmung ihrer Reichsminister von A bis Z. Die Minister-Genossen haben also im Auftrage der Partei gehandelt. Tatsächlich hat sich die Sozialdemokratie zu dem Mussolini-Programm des Herrn Wirth offen und laut bekannt. Da auch die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei für dieses Programm schwärmen, ist es in Wirklichkeit das Programm der großen Koalition, die unter irgendwelcher Phrasenmaske parlamentarisch und in der Zusammensetzung des neuen Kabinetts erstehen muß, es sei denn, daß die sozialdemokratischen Arbeiter im letzten Augenblick einen solchen Druck auf ihre Parteileitung ausüben, daß sie vor der offiziellen Verbrüderung mit Stinnes zurückschrecken. Ihr Zurückweichen wäre aber nur eine inhaltlose demagogische Geste, wenn sie sich nicht von der Basis des Zusammenfindens, dem Mussolini-Programm, strikt abwendet.

Unter der Überschrift „Die Friedensformel“ schrieb der „Vorwärts“ am 15. November über das Programm wörtlich: „Die neue Note, die die Reichsregierung der Reparationskommission hat überreichen lassen, ist der erste wohlbedachte und scharf herausgearbeitete Vorschlag zu einer Stützung der Mark.“ Ebenso klar ist es — und es war das vom ersten Augenblick an, wo wir die Stützung der Mark verlangten — daß mit einer Hingabe von Teilen des Reichsbankgoldes auch die Arbeiterschaft die Pflicht übernimmt, den Goldschatz der Reichsbank nun zu verteidigen, ihrerseits an der Steigerung der Produktion nach bester Kraft mitzuwirken. Auf welche Weise das möglich ist, deutet die Note an, indem sie auf die Möglichkeit von Mehrarbeit hinweist. Sache der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei wird es sein, diejenigen Sicherungen zu treffen, daß der Achtstundentag aufrecht erhalten bleibt, daß aber Mehrarbeit, wo sie sich als erforderlich erweisen sollte, jeden Mehrgewinn der Unternehmer ausschließt. Prinzipiell wurde Mehrarbeit an lebenswichtigen Produktionsgebieten nie abgelehnt. Das zeigen schon die Uberschichten im Kohlenbergbau. Die inneren Reformen zur Sanierung des Haushaltes sind unumgänglich. Wir vermischen unter ihnen die Erhöhung der Reichseinkommen

Die Forderungen des Reichsbetriebsrätekongresses.

Während der neue Reichstanzler Guno im Reichstag in Programm der weiteren Bedrückung der Arbeiterschaft entwickelte, beschloß der Reichs-Betriebsräte-Kongress einstimmig das folgende vom Reichsausschuß vorgelegte Programm:

I. Maßnahmen zur Sicherung der Existenz der arbeitenden Massen.

Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Lebensmitteln (vor allem Brot, Fett, Kartoffeln und Kohle), Bedarfsgegenständen und Wohnungen zu herabgesetzten Preisen, durch:

- a) Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten, Verteilung der Lebensmittel und sonstiger unentbehrlichen Bedarfsgegenstände durch die Genossenschaften unter Kontrolle der Arbeiter. Beschlagnahme der Luxuswohnungen und aller nicht voll ausgenützten Wohnräume und Zuweisung dieser Wohnungen an Wohnungslöse unter Kontrolle der Mieteräte. Beseitigung aller Gesetzesbestimmungen, die diese Maßnahmen verhindern.
- b) Zur Brechung der Anbauabschöpfung und Preissteigerung der Grundbesitzer und Großbauern: Kontrolle der Feldbestellung und Beschlagnahme des nichtbehaltenen anbaufähigen Landes und deren genossenschaftliche Bewirtschaftung durch die Landarbeiter.

II. Maßnahmen zur Abwälzung der Lasten des finanziellen Bankrotts und wirtschaftlichen Zusammenbruchs.

1. Zur Sanierung der Finanzen Erfassung der Sachwerte durch:

- c) Beschlagnahme aller Devisen und strengstes Verbot des Devisenhandels, Beschlagnahme aller Auslandsguthaben. Beschlagnahme aller dynastischen Vermögensgüter.
- d) Staatlich zentrale Zusammenfassung aller Banken, Kontrolle aller Finanzoperationen durch Staatsorgane von oben und Bankangestelltenräte von unten.
- e) Sofortige Ausschreibung einer inneren Zwangsanleihe zur Tilgung der ungedeckten Staatsschulden.
- f) Vereinfachung und Vereinheitlichung des Steuersystems: Abschaffung aller indirekten Steuern. Alleinige Besteuerung des den Existenzbedarf übersteigenden Einkommens und Vermögens. Erhebung dieser Steuern bei den Großproduzenten von Getreide, Kohle und Eisen auch in Naturalform, zur Sicherung der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung.

2. Zur Steigerung der Produktion:

- g) Sicherung des Achtstundentages und Hebung der Volksgesundheit.
- h) Einführung der Produktionskontrolle durch Organe des Staates von oben und Organe der Arbeiter und Angestellten von unten zum Zwecke der Organisation und Vereinheitlichung der Wirtschaft, technischen Verbesserung der Betriebe auf Kosten der Eigentümer und Hebung der Produktion nach den Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung.
- i) Aufhebung aller der aus Profitrückichten verantwortlichen Betriebseinschränkungen und Konfiskation der eingeschränkten und stillgelegten Betriebe.
- k) Zusammenfassung aller Trusts, Syndikats, sowie der einzelnen Betriebe zu Produktionsgenossenschaften

durch wirksame Besteuern, vor allem eine Erfassung der Sachwerte. Alles das sind Fragen, die im Inland auszutragen sind und auf die man, wenn nicht früher, so dann zurückkommen muß, wenn es notwendig sein wird, Garantien für äußere Anleihen zu schaffen. Alles klare, scharf umrissene Vorschläge, die — wenn nicht alle

unter Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Leitung derselben im Interesse der Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung.

- l) Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande durch den Staat unter Kontrolle der Arbeiterschaft.
- m) Kontrolle des gesamten Außenhandels durch Staats- und Arbeiterorgane bei Gewinnbeteiligung des Staates und Verwendung der Bilanzprofite zur Versorgung der Bevölkerung mit notwendiger Auslandsware.
- n) Einführung der Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen von 18 bis 58 Jahren unter Arbeiterkontrolle.

III. Maßnahmen zur Annullierung des Versailler Friedensvertrages und zum Wiederaufbau Europas.

- o) Prüfung aller privaten Finanz- und Sachlieferungsabkommen. Annullierung aller volkswirtschaftlich schädigenden Abkommen. Die Gewinne der übrigen werden zur Deckung der Reparationskosten mitverwandt.
- p) Beschlagnahme aller Auslandsguthaben und Verwendung zu Reparationszwecken.
- q) Gemeinsame Konferenz Deutschlands, Sowjetrußlands, Österreichs und der Türkei zur Annullierung des Versailler Diktats und zur Bildung eines Abwehrblocks. Gemeinsame Regelung der Frage der Industrie, Landwirtschaft, Finanzen und des Außenhandels.
- r) Einberufung einer Weltkonferenz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zur gemeinsamen Regelung der Wiedergutmachung und gemeinsamen Aufbau der vom Kriege am meisten geschädigten Landesteile.
- s) Von der Arbeiterschaft der besiegten und der Siegerländer muß ein langfristiger Aufschub, sowohl für die Bar- wie für die Sachleistungen erkämpft werden. Zur völligen Liquidierung des Versailler Vertrages ist die ständige Verbindung und der gemeinsame Kampf der deutschen und der Arbeiter aus den Ententeländern erforderlich.

IV. Maßnahmen zur Bekämpfung der Konterrevolution und der Wirtschaftsabschöpfung.

- t) Rücksichtslose Entfernung aller Beamten in Heer, Polizei, Justiz und Behörden, die nicht bedingungslos für die Verwirklichung dieses Rettungsprogramms tätig sind.
- u) Auflösung und Entwaffnung aller konterrevolutionären Verbände. Verbot jeglicher konterrevolutionärer Agitation und Propaganda, Bildung von Arbeiterwehren.
- v) Wahl von Wuchergewerkschaften durch die werktätige Bevölkerung aus den Reihen der Betriebsräte, Kontrollausschüsse und Gewerkschaften zur Aburteilung aller Wucher- und Sabotagefälle. Sofortiger Erlaß der schärfsten Gesetzesbestimmungen gegen Sabotage und Wucher.

Um diese Forderungen durchzusetzen, muß die Bildung einer Arbeiterregierung, gestützt auf Arbeiterwehren, Betriebsräte und Kontrollausschüsse der mobilisierten gesamten werktätigen Bevölkerung zur Verwirklichung dieses Rettungsprogramms erkämpft werden.

Anzeichen trügen — ihren Eindruck im Ausland nicht verhehlen können, denn sie sind eine politische Tat, die selbst durch die plötzlich eingetretene Kabinettskrise nicht verdunkelt werden kann.“ Am 16. November schrieb der „Karlshagen Volksfreund“ zum Thema: „Die neuen Vorschläge der Reichsregierung an die Reparationskommission

sozialistischen Führer hängt heute schon die Existenz dieses Kabinetts des rechten Flügels der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ab.

Werden die sozialdemokratischen Abgeordneten es wagen, gemeinsam mit den Deutschnationalen dieser Regierung des Großkapitals die parlamentarische Existenz zu ermöglichen?

Schon mehren sich auch aus ihren Versammlungen und Zeitungen die Rufe nach der Arbeiterregierung. Zur rechten Stunde stellt der Reichsbetriebsrätekongreß

das Programm der Arbeiterregierung für Deutschland

auf. Hier zeigt sich zum ersten Mal gegenüber der Offensive des Kapitals das organisierte Aufstehen des Proletariats. Unter dem Rufe: Für die Einheitsfront und gegen die kapitalistische Verelendung werden die Arbeitermassen für die Selbsthilfe des Proletariats mobilisiert. Dieser Ruf wird, wie der Ruf Karl Liebknechts „Nieder mit der Regierung! Nieder mit dem Krieg!“ während des Krieges in steigendem Maße die Massen um sich sammeln, jetzt die neue Sammlung des Proletariats gegen Kapitalismus und Verelendung bringen. Bringen die sozialistischen Führer den Mut nicht auf, im Sinne des Betriebsräte Kongresses die kapitalistische Minderheitsregierung zu stürzen und an ihre Stelle die Arbeiterregierung zu setzen, so haben sie noch das ihrer Demokratie ureigenste Mittel der Reichstausslösung in der Hand. Wenn sie auch die jetzt noch nicht wagen sollten, so werden sie sich offener denn je als Knechte der Stinnespartei erweisen. Auf dem Boden der Beschlüsse des Reichsbetriebsräte Kongresses werden proletarische Kontrollausschüsse und revolutionäre Betriebsräte zu dem Sturm antreten, der alle Kapitalistenherrschaft hinwegfegen wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeiter von Ziegenhals wählen einen Kontrollauschuss.

Am 20. November taate eine vom Ortsausschuß des ADGB einberufene öffentliche Versammlung, die sich mit der Verelendung des Proletariats und der Lenkung beschäftigte. Referent war Gewerkschaftsjournalist Kollmer. In der sehr lebhaften Debatte wurde besonders der Milch-, Brot- und der ganze Lebensmittelwucher, der hier an der Grenze kolossal blüht, geißelt. Es wurde festgestellt, daß von einem hiesigen Geschäftsmann Landbutter über die Grenze nach Schweden geschmuggelt wird. Ein Redner betonte, daß eine Verordnung von Regierungsseite bestünde, die bestimmt, daß Geschäftsleute von Ausländern 100 Prozent Aufschlag verlangen können, während auf der andern Seite vom Landrat eine Verordnung besteht, an Ausländer ist jeglicher Verkauf verboten und strafbar. Wie verhält sich dieses zueinander? Kollege Kollmer meinte in der Debatte, daß der Bruderkampf schuld sei an diesen Mißständen. Kollege Scholz widersprach dem und wies darauf hin, daß doch die Genossen der SPD in den Regierungs- und Verwaltungsstellen sitzen und dieses mit Hilfe der Arbeiterkraft leicht beseitigen könnten, aber der Wille fehlt. Er wies weiter darauf hin, daß die Arbeiter zur Selbsthilfe schreiten müssen und dazu müssen sie Kontrollauschüsse bilden. Aber war es doch gerade die SPD am Orte, die die Arbeit der Kommunisten in dieser Beziehung dauernd sabotierte. Genosse Scholz erklärte, wir (KPD) sind sofort bereit, mit Euch (SPD) gegen Lenkung und Wucher zu kämpfen. Er stellte den Antrag auf Bildung eines Kontrollauschusses. Dieses wurde von der Versammlung einstimmig bekräftigt. In der Diskussion erklärten sich alle Redner, einschließlich des SPD-Gewerkschaftsjournalisten für Bildung eines Kontrollauschusses. Genosse Scholz beantragte folgende Zusammensetzung: drei SPD, drei KPD und drei parteilose Arbeiter. Später soll dieser Kontrollauschuss durch Bildung eines Frauen-Kontrollauschusses noch erweitert werden. Es wurden sodann gewählt die Kollegen Hoffmann, Feinich und Feinich von der SPD, Lindenthal, Rages und Scholz von der KPD und Rillmann, Stehr und Tige, ohne Parteizugehörigkeit. In der ersten Sitzung wurde Genosse Scholz von der KPD zum Vorsitzenden, Kollege Stehr zum Schriftführer gewählt. Kollege Lindenthal nahm am Schluß der Versammlung eine Sammlung für den Reichsbetriebsräte Kongreß vor, welche 73 Mark ergab. Nach 12 Uhr wurde die überfüllte Versammlung geschlossen. Endlich hat auch hier die SPD — wie bei den Wahlen — gesehen, daß die KPD doch nicht zum Sterben bereit ist.

Breslau. Totales.

Regitationsabend zugunsten der Waisen Sowjet-Rußlands.

Das Bezirkskomitee der Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland veranstaltete am 19. d. M. im Saal der Hohenstraße zugunsten der waisen Kinder Sowjet-Rußlands einen Regitationsabend. Referent war Schauspielers Artist Biesner. Trodem das Programm sehr gewählt war, ließ der Befehl viel zu wünschen übrig. Die Rede überging, daß hier unsere Betrüger in ein großes Geschäftlichkeit in der Propaganda an der Tag legen, denn der wahre Sozialismus wolle eigentlich für ein volles Haus garantieren. Der Red 11 1/2 bis als noch schlimmer bezeichnet werden, obgleich für denartige Veranstaltungen besser geeignete Leute in Breslau zu finden sind, in denen keine Rede und eine Rede die Arbeiter nicht überzeugen können. Es ist ein gewaltiger Fortschritt der Breslauer revolutionären Arbeiterhilfe, daß sie den behaupteten Weg, der sie auch in anderen ihrer Beziehungen empfindet, zurück weicht und gerade hier die Revolution hat gezeigt, daß die Arbeiterhilfe Breslauer sehr viel Erleichterung gewonnen hat.

Der Verwaltungskostenschlag.

Der aus Vertretern der Vermieter, der Mieter und der Spruchausführungsvorständen bestehende Arbeitsausschuß beim Mietschlichtungsausschuß stellt — abweichend von der bisherigen Praxis — auf dem Standpunkt, daß bei der Berechnung der Staffel (30, 35, oder 40 Prozent) für die Verwaltungskosten nach Paragraph 2 der städtischen Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz die Wohnungen des Hausmeisters und des Vermieters nicht mitzurechnen sind, da diese nicht unter das Reichsmietengesetz fallen.

- Beispiele:
- a) In einem Grundstück sind 8 Mietzahlende Parteien und der Hausmeister, der freie Wohnung hat und keine Miete zahlt. Hier sind nur 30 Prozent Verwaltungskosten zu zahlen.
 - b) In einem Grundstück sind 18 Wohnungen, die 16 Mietzahlende Parteien, der Hauswirt und der Hausmeister, der keine Miete zahlt, sondern freie Wohnung hat, inne haben. Hier sind 35 Prozent Verwaltungskosten zu zahlen.
 - c) In einem Grundstück sind 9 Mieträume und zwar haben 5 Parteien Wohnungen, 2 Parteien Geschäft als Mietweil inne. Ferner wohnen der Hauswirt und der Hausmeister darin. Hier sind nur 30 Prozent Verwaltungskosten zu zahlen.

Kommunistischer Hilfsdienst.

Für Dienstag, den 27. 11. kommen folgende Genossen zur Arbeit: Langer, Eberhard Fiedler, Karl Götz, Adolf Klose, Wilhelm Langner Claasen, Fritz Grunert, Barnack, Marius, Franz Punda und die Genossinnen Marie Neumann, Marg. Wartenberg.

Für Mittwoch, den 29. 11. kommen folgende Genossen zum Sabbatmit: Edmund Anders, Klinger, Dehmel, Richard Ronden, Paul Rehe, Werner Röhner, Richard Verneis, Hugo Niesel, Erdmann Starl, Paul Ruttle, Daniel.

KPD. - Ortsgruppe Breslau

Heute Dienstag, abends 7 Uhr, bei „Bräuer“, Gabisstr. Kleiner Saal. Unten links

Mitglieder-Versammlung

Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.

Ein Rentenschänder ist der Zigaretten-Großkaufmann Müller, Hohenpölsnerstraße 28. Dieser Herr ist jetzt in dem genannten Hause als Mieterat gewählt worden. Natürlich wohnt nur heimeigentlich in dem Hause: Schieber und Dollarpesulanten. Die er Herr erlaubte sich nun folgende Freiheiten gegenüber einer alten Frau, die im Hause wohnt und die Heizung befragt. Die Frau soll bereits morgens um 6 Uhr Feuer machen, damit die Zimmer warm sind, wenn die Bourgeois aus den Federn trischen. Für die Schupferei, welche die Frau mit der Heizung hat, will der Hauswirt ihr pro Monat ganze 1000 Mark zahlen. Falls sie nicht einverstanden ist, soll sie am 15. aus ihrer Wohnung heraus. So will die er laudere Hauswirt die alte Frau, die schon jahrelang in dem Hause die Heizung befragt, schikanieren. Zur Charakterisierung des Müller sei noch mitgeteilt, daß er zwar Sozialist war, während des Krieges aber reaktiviert war und dann janzugsweise eingezogen werden mußte. Dabei blieb keine ganze Kriegstätigkeit aber, daß er in der Garnison in einer Schreibstube hieß. — Solches Geschicht verleiht es ja immer besonders, Leute zu schänden.

Oppeln.

Die Verordnung zur Ausführung des Reichsmietengesetzes für den Stadtkreis Oppeln ist jetzt vom Regierungs-Präsidenten genehmigt worden. Die Erläuterung hierzu seitens des Mietervereins erfolgt in den nächsten Tagen.

Die Wahlen für die Reichstagswahlen am 7. Januar 1928 sind im Verlauf des Monats auch die Neuwahlen der Stadt- und Gemeindevorstände.

Proskau OS.

Zusätzliches Erlebnis. Als sich am Tage der Wahl nach Auszahlung herausstellte, daß auch Proskau von der kommunistischen „Seuche“ nicht freigeblieben ist, schlugen die inerschütternden braven Zentrumspiescher die Hände über dem Kopfe zusammen und riefen: „Um Gotteswillen, wo kommt bloß die Kommunisten hier her.“ Angstvolle Geschrei ringsumher jeder in dem Geleht des anderen einen Kommunisten herauszufinden.

Dembtshammer.

Und wenn mir jemand 1000 Mark gibt, so erklärte der eine Wahlbeiliger, so telefoniere ich nicht nach Cronstau (der Stimmen-Mittelungsstelle) daß hier über die Hälfte Kommunisten wohnen. Es half nichts er mußte es doch tun.

Kgl. Neudorf.

Bei der letzten Gemeindevertreterwahl erhielt die ehemalige USV. circa 90 Stimmen. Vorher gottlich in Form e. l. a. r. e. der jetzt nach Weithen verlegte Parrer Nestroj, ob er vielleicht die rote Fahne zum Kirchenfenster hinaushängen solle. Herr Parrer was würden sie jetzt tun? Die Zentrumspartei zählte circa 700 Stimmen und die kommunistische Partei über 500 Stimmen und steht somit an 2. Stelle.

Briefkasten.

Freiburg. Textilarbeiterversammlung: Bericht ist zu verlesen.
Neustadt O.S. Bericht von Wählerversammlung ist verlesen. — Wahlergebnis bereits veröffentlicht.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung

Witoldstr. 49/50. Fernsprecher Ring 8887.
Adresse: Alfred Delpner, Breslau 1, Witoldstr. 49/50, Postfachkonto Breslau 58864, Alfred Delpner

Agitationskreis Breslau.

Dienstag, den 28. November, abds. 7 Uhr, Wichtige Mitgliederversammlung bei „Bräuer“, Gabisstraße 22, Kleiner Saal, unten links.

Agitationskreis Striegau.

Freiburg. Mittwoch, den 29. November, abends 7 Uhr, im Buchwald, Betriebsratschule. Alle Betriebsräte und auch die Vertrauensleute sämtl. Gewerkschaften müssen erscheinen.

Kommunistische Jugend.

Freiburg. Donnerstag, den 30. November, abends 7 1/2 Uhr, im „Buchwald“ (Hinterzimmer), Außerordentliche Parteilistung.

Agitationskreis Waldenburg-Dittersbach.

Waldenburg-Dittersbach. Mittwoch, den 29. Novemb., abds. 7 Uhr, Vorlesung: Die Reise W. Barthelt nach Rußland.

Agitationsbezirk Waldenburg-Dittersbach.

Waldenburg-Dittersbach. Mittwoch, den 29. Novemb., abds. 7 Uhr, Vorlesung: Die Reise W. Barthelt nach Rußland.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Hartig; Inserate Max 31 Gohler. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9

Reinhold Schütz
in dem
Milienfilm

Das Geld auf der Straße

Fritz und Tazara
5 Akte 29

H. Freudenberger
Breslauer Ring 54
Eingang Lange Holzgasse
Tel. 0.1171 Nebenst.

Alle Arten Hante und Felle
Hafen, Fische, Harrier usw.
bekannt reelle Tagespreise

Beachtet
bei allen Entwürfen immer nur unsere

Inserenten!

Die Abschlagszahlungen auf die Betriebsrechnungen für Gas, Wasser und Strom für November sind am 30. November 1927 fällig. Die bringte die monatliche Zahlung an die Stelle der halbjährlichen Zahlung in Erinnerung. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung wird der Betrag gegen 10 A Gebühr durch besondere Boten abgeschickt. Wird auch ca. diesen nicht geschickt dann müssen die Leistungen eingezahlt werden.
Eidgenössische Betriebsdepot.

Herren - Anzüge nach Maß
mit u. ohne Stofflieferung liefert preiswert
Schloßbergstr. 51, Laden
Reparatur und Aufbügung sämtl. Herren- u. Damen-Garderobe.

Jagdgewehre
Mauserpistolen
Brownings
Ferngläser
u. Waffen aller Art
sowie zu höchst. Preis.
Brühl & Co.
Matthiasstr. 88

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebrauchte
Möbel
jenseitige ganze Einrichtungen am billigsten und vorzüglichsten
Bei H. Kluge
Reinhardt 12, I.

Altmetalle
Kupfer Messing
Rotguß Blei
Zink usw.
kaufen in jeder Menge
Grégol & Co
Lessingstraße

Gewandwaren jeder Art,
Schlitz-, Irrigator, Leib- u. Hemdstrücker.
Sendung gegen Rückporto.
von H. Gebauer
Breslau 6 V, Delfner-
str. 11, 11. Etz. Friedrich-
Weg, Holzgasse 36.

Kommunismus - Revolution

Vereinigung Internationaler verlags-Anstalten G. m. b. H.
Berlin SW 61 Planufer 17

MARX-ENGELS:
Das kommunistische Manifest
— 40 Mk. Org.-Ausg. — 25 Mk.

KARL MARX:
Handlousen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei
150 Mk. Org.-Ausg. 150 Mk.

KARL MARX:
Der Bürgerkrieg in Frankreich
1.— Mk. Org.-Ausg. — 60 Mk.

KARL KORSCH:
Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung
Quintessenz des Marxismus
1.— Mk. Org.-Ausg. — 75 Mk.

N. LENIN:
Die Diktatur des Proletariats und der Genegat Kautsky
1.— Mk. Org.-Ausg. — 50 Mk.

ROSA LUXEMBURG:
Krise der Sozialdemokratie
150 Mk. Org.-Ausg. 1.— Mk.

Sozialreform oder Revolution
2.— Mk. Org.-Ausg. 125 Mk.

J. BORCHARDT:
Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus
— 75 Mk. Org.-Ausg. — 50 Mk.

P. WERNER:
Eugen Levine
2.— Mk. Org.-Ausg. 150 Mk.
Bibliothek-Ausg. 3.— Mk.

L. TROZKI:
Krieg und International
125 Mk. Org.-Ausg. 1.— Mk.

Schlüsselzahl, mit der alle Preise multipliziert werden müssen, nur für die Org.-Ausg. 120, für alle anderen Ausgaben 150.

Zu beziehen durch: Produktiv-Genossenschaft für die Prov. Schlesien e.G.m.b.H., Breslau, Nikolaistr. 49/50 / Abteilg. Buchhandlung.